

# Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens

Autor(en): **Longchamp, Claude**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **27 (1987)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172576>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Claude Longchamp

# Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens

In der wissenschaftlichen Wahlanalyse macht sich ein Wandel der erkenntnisleitenden Konzepte breit, um den augenfälligen Veränderungen bei Parlamentswahlen (vor allem seit 1983, eigentlich jedoch schon seit 1967/1971) Rechnung zu tragen. Es wird versucht, die heutigen Entwicklungen unter dem Stichwort der «neuen Instabilität» zusammenzufassen, aus historischer Sicht zu beurteilen und in sozialwissenschaftlicher Perspektive zu erklären. Massgebliche Ursache ist die Erosion von Bindungen insbesondere an Regierungsparteien. Dies führt einmal dazu, dass parteipolitisch ungebunden Wählende an Bedeutung gewinnen, andererseits Reorientierungserscheinungen bei ökologisch ausgerichteten Parteien möglich werden. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen folgt auch, dass nebst der traditionellen Strategie, die eigene Sympathisantenschaft zu mobilisieren, die Ansprache von Parteifreien verstärkt wahlentscheidend sein wird. Wie weit dies im Herbst 1987 tatsächlich der Fall sein wird, hängt von der Wirkungsweise der verschiedenen erörterten Faktoren ab.

La modification des concepts scientifiques, constatée dans les analyses des élections, permet de tenir compte des changements importants perceptibles depuis les élections nationales de 1983, voire même de 1967/71 déjà. La perspective historique et sociologique nous amène à interpréter l'évolution actuelle en termes de la «nouvelles instabilité». Celle-ci est due à l'érosion des attachements partisans, touchant plus particulièrement les partis gouvernementaux. Il en résulte d'une part, une importance accrue des électeurs hors-parti et d'autre part, un phénomène de réorientation vers des partis écologistes. Ainsi lors des prochaines élections, outre la mobilisation traditionnelle des sympathisants, celle des électeurs hors-parti sera décisive. Ce qui se passera réellement en octobre 1987 dépend des divers facteurs évoqués.

## 1. Einleitung

Jenseits von politischen oder publizistischen Interessen sind «*Stabilität*» und «*Wandel*» zwei zentrale Kategorien jeder Wahlanalyse. Vor allem wenn Volkswahlen als Ausdruck des konventionellen politischen Handelns verstanden werden, eignet sich das Gegensatzpaar, um Realitätsausschnitte zeitlicher, gesellschaftlicher oder regionaler Art unter allgemeinen Fragestellungen wie dem Verhältnis von Wahlen und politischem System oder der Beziehungen von Wahlberechtigten und Parteien zu bearbeiten. Bemerkenswerterweise zeichnet sich dabei in der internationalen wie auch in der nationalen Literatur zur Erforschung von Parlamentswahlen ein Wandel der *erkenntnisleitenden Konzepte* ab<sup>1</sup>: Wurden Wahlen gerade in der Schweiz bis in die siebziger Jahre hinein konstant mit dem Etikett «unerschütterliche Stabilität bestätigt» bedacht, macht sich vor allem seit den letzten Nationalratswahlen ein neues Leitmotiv breit. Anerkannte Analytiker verschiedenster Herkunft suchen neuerdings nach «Tiefenströmungen unter einer stabilen Oberfläche», würdigen das Ergebnis 1983 etwas akzentuierter als «Rutschen unter der Oberfläche» oder fordern gar: «Rasez la stabilité pour qu'on voit la nouveauté!»<sup>2</sup>

In der Tat können die *letzten Nationalratswahlen* zum Anlass für eine Neuorientierung in der schweizerischen Wahlforschung genommen werden (vgl. *Tab. I*). Erstmals in der Nachkriegszeit ging die Teilnahme an einer Erneuerung des eidgenössischen Parlaments nicht mehr zurück. Die Beteiligung erreichte mit 48,9 Prozent zwar einen international weiterhin tiefen Wert, doch wurde damit die sicherste Konstante in der Wahlgeschichte der letzten 40 Jahre wenig-

1 Zu den wichtigsten, problemorientierten Überblicken zählen gegenwärtig A. Asher, «Voting Behavior Research in the 1980s», in: A. Finifter (ed.), *Political science. The State of Discipline*, Washington 1983, sowie M. Küchler, «Wahl- und Surveyforschung», in: K. von Beyme (Hrsg.), *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland* (= PVS-Sonderheft 17/1986), ss. 194. Im französischen Sprachraum repräsentiert D. Gaxie (Ed.), *Explication du vote. Un bilan des études électorales en France*, Paris 1985, den Stand der Diskussion.

2 Für Überblicke vgl. E. Gruner, «Wahlen», in: *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Bd. 2, Bern und Stuttgart 1984, ss. 223, sowie E. Gruner et al.: «Wahlen, Volksabstimmungen und Volksrechte», in: *SJPW*, 15 (1975), ss. 69. Den Stabilitätspol markieren die Arbeiten von R. Girod, «Phänomen Schweiz – Sozialer Wandel, politische Beharrung», in: *Schweizerische Monatshefte*, 56 (1976), ss. 215, sowie H. P. Fagagnini, *Die schweizerischen Parteien im Blickfeld des Bürgers*, Bern 1980 (insbesondere ss. 39). Für erste Analysen unter dem Aspekt der Instabilität vgl. U. Altermatt, «Schweizer Wahlen 1983», in: *Politische Studien*, 35 (1984), ss. 194; P. Gilg, «Ein Rutschen unter der Oberfläche», in: *Berner Zeitung*, 26. 10. 1983, sowie D. Joye, «Rasez la stabilité . . .», in: *Liberté*, 4. 11. 1983. Unter dem Blickwinkel der Instabilität sind auch die eigenständigen Interpretationen des Tages-Anzeigers zu den kantonalen Wahlen interessant, die auf den Jahresrückblicken im Jahrbuch *Schweizerische Politik im Jahre*, hrsg. vom Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern 1966 ff., basieren (vgl. R. Blum, «Wahlbilanz 1984: Grün war die Siegesfarbe», in: *TA*, 27. 12. 1984; ders.: «Gewinnen die Nationalen und die Grünen die Wahlen von 1987?», in: *TA*, 28. 12. 1985, sowie ders.: «Den Regierungsparteien bläst der Wind ins Gesicht», in: *TA*, 30. 12. 1986).

stens unterbrochen. Aber auch die Wählerstärken förderten eher Ungewohntes zu Tage: Ausgedrückt in relativen Wähleranteilen sahen sich die etablierten Parteien – wenn auch in unterschiedlichem Masse – gemeinsam in die Defensive gedrängt. Mit den Grünen zählte umgekehrt die jüngste aller politischen Gruppierungen zu den eigentlichen Wahlsiegern; ebenfalls etwas vom oppositionellen Wind konnten die äusserste Rechte und mit der POCH die Neue Linke aufnehmen.

Wie lassen sich die heutigen Veränderungen im Wahlgesehen nicht nur beschreiben, sondern auch theoretisch erfassen und prognostisch weiterverarbeiten? <sup>3</sup> Hierzu soll der Versuch unternommen werden, die gegenwärtige Situation unter dem Aspekt der «*neuen Instabilität*» einzufangen, und diese sowohl in zeitgeschichtlicher als auch in sozialwissenschaftlicher Hinsicht zu begründen. Vorerst geht es darum, die heute feststellbaren Veränderungen der Wählerstärken im *historischen Kontext* zu beurteilen. Sodann wird das Konzept der *Parteibindung* Anwendung finden, um die Ursachen der heutigen Entwicklungen zu analysieren. Da die *Mobilisierungskraft* der Parteien eine zentrale Rolle spielt, ist eine einheitliche Beurteilungsweise nötig. Aus der Sicht der Politiker und Parteistrategen interessiert wegen der rechtlichen Bestimmung von Parteistärken und der daraus ableitbaren Legitimation in der Regel nur die erhaltene Sitzzahl. Die einleitenden Bemerkungen wiederum basierten auf relativen Wähleranteilen unter den Teilnehmenden. Beides jedoch ist ungeeignet, wenn es darum geht, die effektive Wählermobilisierung zu beurteilen. Die hier gewählte Definition geht deshalb vom *Stimmenanteil der Parteien im Vergleich zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten* aus. Nur dieser Ansatz garantiert, dass den beiden theoretischen Faktoren für Wahlverhaltensänderungen, dem *Teilnahme- und dem Parteientscheid*, genügend Rechnung getragen wird. <sup>4</sup>

3 Die Arbeitsgruppe «Wahlen und Abstimmungen» der SVPW hat diese Frage am Kongress von 1984 aufgegriffen. Meinerseits wurde unter dem Titel «Stabilität und Wandel bei den Nationalratswahlen 1983» die hier deutlich weiterentwickelte These der neuen Instabilität aufgegriffen. Eine Kritik, basierend auf einer traditionellen Sichtweise des Wahlverhaltens, findet sich im Beitrag von R. Ritschard, «Nationalratswahlen 1971–1983: Widerspiegelung, Abschwächung oder Revitalisierung historischer Konfliktachsen», in diesem Band.

4 Zur Diskussion alternativer Indikatoren siehe M. N. Pedersen, «Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems 1947–1977», in: H. Daalder, P. Mair (eds.), *Western European Party Systems*, Bristol 1983, pp. 29. Selbstverständlich liesse sich die Kritik noch weiter treiben und die Parteistärken in bezug zu den Schweizern oder Einwohnern setzen. Dort, wo diese Masszahl andere Einsichten zulässt (Übergang vom Männer- zum Erwachsenenwahlrecht), wird dieser Tatsache speziell Rechnung getragen.

Tabelle 1: Die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1983 (Beteiligung und relative Wähleranteile unter den Teilnehmenden)

Einheit	Beteiligung		Parteipräferenz									
	1983	(1979)	FDP 1983	(1979)	SPS 1983	(1979)	CVP 1983	(1979)	SVP 1983	(1979)	LdU 1983	(1979)
	(in %; N = Urnengänger je Kanton)											
ZH	46,9	46,4	21,8	22,4	23,0	26,5	9,1	9,7	13,8	14,5	9,9	11,2
BE	49,9	49,8	15,1	18,0	28,3	30,5	2,1	2,5	29,0	31,5	3,2	3,1
LU	60,5	59,2	28,6	31,7	11,7	12,5	49,6	50,5				
UR <sup>1</sup>	30,2	56,2	84,7	39,0		23,0		34,9				
SZ	43,6	48,6	26,0	28,0	21,0	22,6	46,6	49,4	6,5			
OW <sup>1</sup>	30,9	42,3					91,0	95,7				
NW <sup>1</sup>	29,5	59,7		39,0		10,6	97,2	49,5				
GL <sup>1</sup>	26,3	35,4		14,4					92,3	81,8		
ZG	53,3	55,9	33,6	32,8	22,8	30,9	39,9	34,1				
FR	52,8	48,6	20,0	23,0	24,0	30,7	38,0	39,9	8,9	6,4		
SO	60,7	56,9	37,2	39,0	27,8	28,4	26,7	27,6			4,0	
BS	45,7	39,4	13,5	14,1	30,9	33,3	9,9	13,9			7,0	7,6
BL	49,3	43,1	25,1	26,7	32,5	31,4	10,8	11,5	11,2	10,5	4,4	7,8
SH	73,7	75,1	26,2	32,3	35,3	35,3	6,3		22,7	21,1	5,6	
AR <sup>2</sup>	41,4		36,0		23,6		14,5					
AI <sup>1</sup>	24,5	24,0					95,6	97,2				
SG	44,0	45,0	27,5	27,6	16,3	18,0	40,8	44,1	1,9		10,2	8,2
GR	39,9	45,9	20,1	22,9	24,7	20,5	33,3	35,4	22,0	21,2		
AG	44,9	45,6	20,2	20,5	27,5	27,7	21,5	22,5	14,9	13,9	5,9	5,5
TG	52,7	48,3	18,3	16,9	19,5	22,4	21,6	24,6	22,8	26,5	3,9	5,3
TI	61,6	60,1	37,9	36,3	13,8	15,2	33,9	34,1	2,1	2,3		
VD	40,2	37,3	30,4	27,1	21,9	24,9	4,5	5,1	6,2	6,8		0,8
VS	65,3	65,7	25,1	22,7	14,1	11,6	57,5	58,8				
NE	43,7	43,3	19,4	20,6	33,1	37,4					3,5	4,8
GE	44,5	37,6	16,2	14,7	19,2	21,5	12,3	14,0				
JU	61,5	58,6	28,8	30,9	17,8	15,2 <sup>3</sup>	39,6 <sup>4</sup>	37,7	2,0			
CH	48,9	48,1	23,3	24,1	22,8	24,6	20,4	21,5	11,1	11,6	4,0	4,1

Quelle: *Schweizerische Politik im Jahre 1983*, hrsg. vom Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern 1984.

#### Anmerkungen zur Tabelle

1 Wahlen nach Majorzsystem (in UR keine offizielle Beteiligung der CVP).

2 1979 stille Wahl.

3 Die Stimmen der gemeinsamen Liste von SP und Christlichsozialen wurden aufgeteilt.

4 CVP 25,1 %, Liste Jean Wilhelm 14,5 %.

5 1979: NA (CH: 1,3 %) in ZH (2,5 %), BE (3,6 %), BS (3,9 %), AG (1,6 %), TG (1,9 %) und GE (0,6 %); Rep./Vigilance GE (CH: 0,6 %) in ZH (0,9 %), BE (0,2 %), AG (2,1 %), TG (2,0 %) und GE (6,6 %). 1983: nur noch NA, mit Ausnahme von GE (NA 2,1 %, Vigilance 12,2 %).

6 PSA im TI, POCH in den übrigen Kantonen; für BE vgl. Anm. 7.

7 POCH 1979 1,4 %, 1983 1,6 %; PSA Süd-Jura/Entente Jurassienne 1979 2,8 %, 1983 2,2 %.

Parteipräferenz

LPS		EVP		NA, Rep. <sup>5</sup>		POCH, PSA <sup>6</sup>		PdA		Grüne <sup>8</sup>		Übrige <sup>9</sup>	
1983	(1979)	1983	(1979)	1983	(1979)	1983	(1979)	1983	(1979)	1983	(1979)	1983	(1979)
		5,4	5,7	5,9	3,4	3,8	2,3	0,3	1,2	4,8	1,3	2,1	2,0
		3,3	3,4	6,0	3,8	3,8 <sup>7</sup>	4,2 <sup>7</sup>		0,3	7,0	1,1	2,4	1,8
				1,3		8,4	5,1					0,3	0,2
												15,3	3,1
												9,0	4,3
												2,8	0,9
												7,7	3,9
												3,8	2,2
												9,2	
						3,5	4,1			1,0		0,9	
8,3	11,2	4,8		5,3	3,9	11,9	10,3	2,3	4,7	1,0		5,0	0,9
			3,9	3,9		7,2	7,1		1,0	4,9			
			6,3			2,7	4,1					1,2	0,9
												25,9	
												4,4	2,8
			2,1							3,3			
		5,0	5,0	4,0	3,7							1,8	1,1
		5,3		2,7	3,9					5,9			0,4
						10,5	9,4		2,7			1,8	
16,9	16,7			2,6				4,1	9,3	10,8	6,4	2,6	2,9
	0,8											3,2	6,2
30,9	26,4							4,2	7,7	7,4	1,5	1,4	1,7
19,1	21,3			14,3	7,2			9,5	19,9	7,6		1,8	1,5
												11,8	16,2 <sup>7</sup>
2,8	2,8	2,1	2,2	3,5 <sup>5</sup>	1,9 <sup>5</sup>	3,1	2,6	0,9	2,1	3,6 <sup>8</sup>	0,8 <sup>8</sup>	2,4 <sup>9</sup>	1,6 <sup>9</sup>

8 1979: heutige GPS (Föderation der grünen Parteien, CH: 0,7 %) in ZH, VD und NE; DA (Demokratische Alternative) in BE. 1983: GPS (CH: 1,7 %) in ZH (4,2 %), BL (1,9 %), VD (7,0 %), NE (7,4 %), GE (7,6 %) sowie BE (Freie Liste, 4,7 %) und TG (Freie grüne Liste, 5,9 %) mit Beobachterstatus bei der GPS (CH: 0,9 %); GRAS (Grüne Alternative, CH: 0,8 %) in ZH (0,6 %), BE (0,7 %), BS (1,0 %), BL (3,0 %), SG (3,3 %), VD (3,8 %) sowie BE (DA, 1,6 %) mit Beobachterstatus bei der GRAS (CH: 0,2 %).

9 Darunter 1979: SAP (CH: 0,4 %) in ZH (0,3 %), BE (0,2 %), LU (0,2 %), ZG (2,2 %), BS (0,8 %), SH (0,9 %), AG (0,9 %), VD (1,9 %), NE (1,7 %) und GE (1,5 %); unabhängige Christlichsoziale (CH: 0,2 %) im JU (16,2 %). 1983: SAP (CH: 0,7 %) in ZH (0,4 %), BE (0,4 %), ZG (2,6 %), FR (1,7 %), SO (0,9 %), BS (1,0 %), SH (1,2 %), AG (1,2 %), TI (1,0 %), VD (2,1 %), NE (1,4 %) und GE (1,5 %); unabhängige Christlichsoziale (CH: 0,4 %) in FR (7,5 %) und JU (11,8 %).

## 2. Analysen der neuen Instabilität aus zeitgeschichtlicher Sicht

Ahistorische Gegenwartsanalysen laufen Gefahr, momentane Erscheinungen zu überbewerten oder das Besondere der heutigen Situation zu übersehen. Dieser erste Analyseteil will deshalb die *zeitliche Perspektive* öffnen. Als Einschnitt werden die Wahlen von 1919 gewählt, weil diese erstmals nach dem heute noch geltenden Proporzwahlrecht durchgeführt wurden. Die *vier Phasen*, welche die knapp 50jährige Zeitspanne gliedern, lassen sich wie folgt kennzeichnen (vgl. auch *Tab. 2*)<sup>5</sup>:

- Die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ausserordentlich vitalen klassenkämpferischen Auseinandersetzungen, aber auch die Parteispaltungen links und rechts im Gefolge internationaler Entwicklungen bzw. des neuen Wahlverfahrens lassen die Wahlbeteiligung sprunghaft ansteigen. Während der *ersten Phase*, welche die *Wahlen von 1919 bis 1931* umfasst, bewegt sich die Teilnahmequote stets um 80 Prozent. Sie erreicht damit ein weder vorher noch nachher feststellbar hohes Niveau. Die regierenden, bürgerlichen Parteien können in dieser Zeit gut 50 Prozent der Wahlberechtigten für sich mobilisieren; sie verfügen damit über eine komfortable und weitgehend stabile Mehrheit in der Legislative und der Exekutive. Innerhalb der Opposition findet ein Konzentrationsprozess bei der stärksten Partei statt. In den zwanziger Jahren weiss die Sozialdemokratie ihren Wähleranteil kontinuierlich zu steigern und 1931 mit 22 Prozent Wahlberechtigten den historischen Höchststand zu erreichen. Alle übrigen Parteien verlieren in der gleichen Zeit an Bedeutung.
- Die *zweite Phase*, markiert durch die *Wahlen von 1935 und 1943*, gilt auch in der traditionellen Sichtweise als Zeit der Instabilität. Neue Bewegungen – teils in Anlehnung an ausländische Vorbilder, teils autonomer Natur – prägen die politische Szene. Die letzten Wahlen vor dem Zweiten Weltkrieg und der Urnengang während den kriegerischen Auseinandersetzungen werden vorerst durch ein rasches Ansteigen des Wechselwählens, später mehr durch die erstmals sinkende Partizipation bestimmt. Markant sind die Mobilisierungsverluste der regierenden, bürgerlichen Parteien, insbesondere der BGB und der FDP. Ihr bis anhin konstanter Anteil sinkt über 43 auf 39 Prozent im Jahre 1943. Weniger deutlich, aber in die gleiche Richtung beginnt sich die Mobilisierungskraft der Sozialdemokratie kurz vor dem Eintritt in den Bundesrat zu entwickeln. Als klarer Sieger während der zweiten Phase gehen die Nicht-Regierungsparteien hervor: Der Landesring bewirbt sich erfolgreich für eine parlamentarische Vertretung (3,3 bzw. 3,8 % der Wahlberechtigten).

5 Für die Einbettung in die Schweizer Geschichte siehe auch H. U. Jost, «Bedrohung und Enge» sowie P. Gilg, P. Hablützel, «Beschleunigter Wandel und neue Krisen», in: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel 1986 (2. Aufl.). Weitere Analysen zur Parteien- und Wahlgeschichte finden sich in E. Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1977 (2. Aufl.), ss. 55 und ss. 180.

Tabelle 2: Wählerstärken der Parteien/Parteigruppen seit der Einführung des Proporzwahlrechtes (in % Wahlberechtigte)

Partei/ Parteigruppe	Jahr der Erneuerungswahl in den Nationalrat/Phasen																
	1. Phase			2. Phase			3. Phase			4. Phase							
	1919	22	25	28	31	35	43	47	51	55	59	63	67	71	75	79	83
	Männerwahlrecht																
FDP	23,2	21,6	21,4	21,6	21,2	18,6	15,8	16,7	17,1	16,3	16,2	15,9	15,2	12,5	11,6	11,6	11,4
SVP	12,3	12,3	11,8	12,5	12,1	8,6	8,1	8,8	9,0	8,5	8,0	7,5	7,2	5,8	5,2	5,6	5,4
CVP	16,9	16,0	16,1	16,9	16,9	15,9	14,6	15,3	16,0	16,2	16,0	15,5	14,5	11,7	11,1	10,3	10,1
SPS	18,9	17,8	19,8	21,6	22,6	21,9	20,0	19,0	18,5	18,9	18,1	17,6	15,4	13,0	13,0	11,7	11,1
	Männer- und Frauenwahlrecht																
Heutige Regierungs- parteien total	71,3	67,7	69,1	72,6	72,8	65,0	58,5	59,8	60,6	59,3	58,3	56,5	52,3	43,0	41,9	39,2	38,0
Übrige Parteien total	9,1	8,7	7,7	6,2	6,0	13,3	11,5	12,6	10,6	10,8	10,2	9,6	13,4	13,9	10,5	8,8	10,9
Beteiligung total	80,4	76,4	76,8	78,8	78,8	78,3	70,0	72,4	71,2	70,1	68,5	66,1	65,7	56,9	52,0	48,0	48,9
Nicht-Teilnehmende total	19,6	23,6	23,2	21,2	21,2	21,7	30,0	27,6	28,8	29,9	31,5	33,9	34,3	43,1	47,6	52,0	51,1
Wahlberechtigte total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Nationalratswahlen 1983 (= Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 764), Bern 1984  
(eigene Berechnungen aufgrund der Tabellen S. 29 und 30)



Überflügelt wird er jedoch von den Kräften am rechten Ende des politischen Spektrums (5,8 bzw. 5,2 %). 1943 gewinnt zusätzlich die PdA als Nachfolgerin der verbotenen Kommunistischen Partei an Boden (1,1 %).

- Als Normalisierung der Stärkenverhältnisse bei stetig sinkender Beteiligung lässt sich die *dritte Phase (Wahlen von 1947 bis 1967)* beschreiben. Während den ersten Wahlgängen (vor allem 1947 und 1951, teilweise auch 1955) gewinnen die bürgerlichen Regierungsparteien einiges Terrain zurück, das sie im zweiten Abschnitt aufgrund des Wechselwählens eingebüsst haben. Ohne den Stand während der ersten Phase zu erreichen, steigern sie den Anteil mobilisierter Wahlberechtigter wieder auf 42 Prozent. Damit einher geht ein rascher Rückgang bei den Nicht-Regierungsparteien. Ab 1951 stabilisiert sich ihr Wähleranteil bei insgesamt 10 Prozent. Bei den Sozialdemokraten schliesslich setzt sich der bereits erwähnte, langsame und kontinuierliche Mobilisierungsschwund fort. Dass trotz solchen Veränderungen gerade diese Zeit in der traditionellen Wahlgeschichte als besonders stabil gilt, lässt sich eigentlich nur darauf zurückführen, dass sich die sinkende Partizipation als augenfälligste Veränderungen auf alle Parteien in ähnlichem Masse auswirkt.
- 1967 nimmt die Wiedererstarkung des Landesrings als Hauptergebnis eine Tendenz vorweg, welche für die *vierte Phase (Wahlen von 1971 bis heute)* mehr oder minder typisch ist. In zyklischen Schüben gelingt es politischen Gruppierungen ausserhalb der Regierungsverantwortung aktuelle Themen wie die Ausländerfrage, die Dritt-Welt-Thematik oder die Umweltverschmutzung aufzugreifen und zu Wahlerfolgen auszunützen. Zwar überschreiten die Wechsleranteile insbesondere das Ausmass bei den Wahlen von 1935 nicht, doch profitieren nach dem LdU die Republikaner/Nationale Aktion, die Neue Linke und neuerdings diverse grüne Gruppierungen von antigouvernementalen Stimmungen. 1983 schliesslich wissen die vier Regierungsparteien mit 38 Prozent weniger Wahlberechtigte hinter sich als 1943, kurz vor der Umgestaltung der Regierungszusammensetzung.

Die *Besonderheit der heutigen Phase* liegt jedoch nicht im Ausmass der Veränderungen. Gerade im Vergleich mit der zweiten Periode müssen die gegenwärtigen Verschiebungen relativiert werden. Auch setzen mehrere der aktuell wichtigen Entwicklungen schon früher ein. Typisch für die vierte Phase ist dagegen die Kombination von verschiedenen *Faktoren der Instabilität*:

1. Das *Teilnahmeverhalten* ist neuen Entwicklungen unterworfen, die auch in den laufenden kantonalen Wahlen, vor allem aber bei eidgenössischen Sachabstimmungen zum Ausdruck kommen. Auf einem Sockel von knapp 30 Prozent sicherer Urnengänger sinkt die Beteiligung gesamtschweizerisch nicht mehr, sondern schwankt innerhalb einer bestimmten Bandbreite. Dies hat seinen Grund im spezifischen Verhalten der gelegentlichen Urnengänger. Je nach dem, welche Typen okkasionell Teilnehmender mobilisiert wer-

den, setzt sich der Wahlkörper politisch ungleich zusammen. Damit wirkt sich die unterschiedliche Beteiligung nicht mehr neutral auf die Zusammensetzung des Parlaments aus. Es lässt sich vermuten, dass gegenwärtig vor allem die Nicht-Regierungsparteien von der in den Agglomerationen wieder steigenden Wahlbeteiligung profitieren können.<sup>6</sup>

2. Die trügerische Stabilität der fünfziger und sechziger Jahre wird aber auch durch ein zunehmendes *Wechselwählen* abgelöst. Wie weit dieses Phänomen verbreitet ist, und wie es sich auf die Mobilisierungskraft der einzelnen Parteien auswirkt, wird erst beim Vorliegen mehrerer, vergleichbarer Analysen aufgrund von Befragungsdaten beurteilt werden können.<sup>7</sup> Die periodische Erstarkung von neuen Parteien verweist jedoch darauf, dass ein solches Potential existiert und eine Wahl mitentscheiden kann. Unbestreitbar ist, dass die letzten Parlamentserneuerungen durch momentane Stimmungen und Problemlagen verstärkt charakterisiert wurden.
3. Erschwert wird die Beurteilung der Auswirkungen des Teilnahme- und des Parteienentscheides durch das 1971 erstmals zum Tragen gekommene *Frauenwahlrecht*. Liessen sich anfänglich eher Unterschiede bei der Beteiligung vermuten, so scheint sich das Teilnahmeverhalten der Frauen auf einem leicht tieferen Niveau jenem der Männer angeglichen zu haben. Wenigstens 1983 sind dafür die Parteientscheide deutlicher auseinandergegangen (vgl. *Tab. 3*). Der Aufschwung der Nicht-Regierungsparteien, insbesondere die Wahlerfolge der Grünen, kann weitgehend auf eine Abwendung weiblicher Wahlberechtigter von den Regierungsparteien (und hier namentlich von der SVP und der FDP) zurückgeführt werden.<sup>8</sup>

6 Für die Partizipationsdiskussion siehe J. Nicola, «L'abstentionisme en Suisse», in: D. Sidjanski et al.: *Les Suisses et la politique*, Berne et Francfort 1975, ss. 187; L. Neidhart, J. P. Hobby, *Ursachen der Stimmabstinenz in der Schweiz*, Bern 1977; A. Riklin, R. Kley, *Stimmabstinenz und direkte Demokratie*, Bern und Stuttgart 1980; H. P. Kriesi et al., *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978*, Diessenhofen 1981. Den neuesten Entwicklungen innerhalb der Teilnahme trägt jedoch nur E. Gruner, H. P. Hertig (unter Mitarbeit von A. Grossen), *Der Stimmbürger und die neue Politik*, Bern und Stuttgart 1983, genügend Rechnung.

7 Vgl. Analyse der Nationalratswahlen 1983, *op. cit.*, ss. 15. Erst Sekundäranalysen von D. Sidjanski et al., *op. cit.*, würden weiterführende Vergleiche zurück bis 1971 ermöglichen, da dort nicht nach dem Regierungs/Oppositionsschema aufgeschlüsselt wurde. Die Ergebnisse von H. Kerr, *Swiss Voting Study*, Ann Arbor 1976, die sich auf die NRW 1975 beziehen, sind noch nicht veröffentlicht.

8 Vgl. *Die Stellung der Frau in der Schweiz*, Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (Teil I: Gesellschaft und Wirtschaft), Bern 1979, ss. 82, sowie speziell für das Abstimmungsverhalten C. Longchamp, «Männer und Frauen an den Urnen. Materialien zu einer neuen Konfliktlinie in der schweizerischen Politik», in: *F-Frauenfragen*, 9 (1986), ss. 5.

Tabelle 3: Schätzung zum Teilnahme- und Wahlverhalten von Männern und Frauen 1979 und 1983

Partei/Parteilgruppe	Männer		Frauen	
	1979	1983	1979	1983
FDP	12,3	< 13,2	10,7	> 9,6
SVP	6,5	< 7,7	4,7	> 4,1
CVP	12,2	> 11,9	8,4	< 9,3
SPS	14,2	> 13,3	9,3	> 9,0
Regierungsparteien total	45,0	< 45,1	33,1	> 32,0
Übrige Parteien total	10,3	< 10,5	7,3	< 10,5
Beteiligung total	55,3	< 55,6	40,4	< 42,4
Nicht-Teilnehmende total	44,7	> 44,4	59,6	> 57,5
Wahlberechtigte total	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: VOX-Analysen der Nationalratswahlen 1979 und 1983; eigene Prozentuierungen. Die Qualität dieser Werte darf nicht mit jener in der Tabelle 2 verglichen werden, da es sich hier um Übertragungen von Befragungsergebnissen (je 1000 Befragte in der deutschen und französischen Schweiz, Random/Quota-Auswahl) handelt.

### 3. Analysen der neuen Instabilität aus sozialwissenschaftlicher Sicht

Ist die zeitgeschichtliche Analyse geeignet, das Besondere der neuen Instabilität herauszuarbeiten, so gibt sie für die theoretische Erklärung zu wenig her. Hierzu ist die Untersuchung des Wahlverhaltens mit *sozialwissenschaftlichen Konzepten* erfolgversprechender.<sup>9</sup> Zu Beginn der sechziger Jahre hat dabei in den USA, später jedoch auch in der westeuropäischen Forschung ein markanter methodischer Neubeginn stattgefunden. Dominierten anfänglich soziologisch inspirierte Theorien, die meist auf Aggregatdaten aufbauend Wahlverhalten durch räumliche und gesellschaftliche Kontexte bestimmt sahen, lösten die Studien der Michigan-Schule eine mehr sozialpsychologisch orientierte Fragerichtung aus. Dabei geht es verstärkt um Wahrnehmungen und Bewertungen des subjektiven Entscheidungsumfeldes einerseits, um individuelle oder kollektive Prädispositionen andererseits. Kernstück der Arbeiten, die auf Individualdaten basieren, bildet das Konzept der *Parteibindungen als intervenierende Variable zwischen gesellschaftlichen Bedingungen, momentanen Einflüssen der Kampagne und dem effektiven Wahlverhalten*.<sup>10</sup> Dabei werden Par-

<sup>9</sup> Von gleichen Fragestellungen international vergleichend gehen aus: R. Dalton et al. (eds.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*, Princeton 1984, sowie I. Crewe, D. Denver (eds.), *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*, New York 1985 (allerdings unter Auslassung der Schweiz!).

<sup>10</sup> Vgl. hierzu F. Naschold, «Zur Theorie des Wählerverhaltens», in: O. Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte*, Berlin 1978, sowie M. Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1976*, PVS, 18/1978, insbesondere ss. 145 und ss. 169. Für die soziologische Interpretation gilt S. M. Lipset, S. Rokkan, «Cleavage

teibindungen als affektives Verhältnis der Wahlberechtigten zu einer bestimmten politischen Gruppierung verstanden, das längerfristigen Bestand hat und hilft, Entscheidungsschwierigkeiten in politischen Grundfragen, aktuellen Sach- oder Personenfragen zu reduzieren. Die Entstehung solcher Bindungen fällt meist in die formativen Jahre; sie ist eine Folge allmählich verfestigter politischer Vorlieben oder geht auf eigentliche Kristallisationserlebnisse zurück.<sup>11</sup>

Gerade die Annahme der lebenslangen Konstanz von Parteibindungen steht zur Debatte, seit sich Instabilitäten bei Wahlen schneller entwickeln als aufgrund reiner Generationseffekte angenommen werden könnte. Es ist nämlich zu vermuten, dass zeittypische Einflüsse nicht nur die jüngsten Alterskohorten prägen, sondern auch Teile der übrigen Gruppen erfassen. Um die denkbaren Prozesse in den Griff zu bekommen, sind zwei *Erweiterungen des Parteibindungskonzeptes* vorgeschlagen worden<sup>12</sup>:

- Mit der *Erosion von Parteibindungen* («dealignment») wird eine Aufkündigung bestehender Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Interessen und einer Partei umschrieben. Dies kann der Fall sein, weil die für die Entstehung des Parteiensystems massgeblichen Konfliktlinien an Bedeutung verlieren oder durch neue, querliegende Problemlagen überdeckt werden. Ob dieser Prozess irreversibel ist oder nicht, wird in der ersten Erweiterung offengelassen.
- Mit der *Reorientierung von Parteibindungen* («realignment») wird der genau komplementäre Vorgang angesprochen. Reorientierung bedeutet, dass neu entstehende oder aktualisierte Konfliktlinien zur Entstehung neuer Bindungen, sei es an neue oder an gewandelte Parteien, führen. Reorientierung meint auch, dass Identifikationen mit bestimmten Parteien wieder zunehmen und die Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gebilden verstärkt bestimmen.

Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction», in: dies. (Eds.), *Party System and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York 1967 als Klassiker; ähnliches lässt sich für A. Campbell et al., *The American Voter*, New York 1964 für die sozialpsychologische Interpretation festhalten.

11 Für die sozialisationstheoretischen Überlegungen siehe generell B. Claussen, K. Wasmund (Hrsg.), *Handbuch der politischen Sozialisationsforschung*, Braunschweig 1982, sowie H. Fogt, *Politische Generation. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell*, Diss., Opladen 1982.

12 Vgl. I. Budge et al., *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competitions*, New York 1976; B. Särilvik, I. Crewe, *Decade of Dealignment. The Conservative Victory of 1979 and Electoral Trends in the 1970s*, Cambridge 1983; J. M. Clubb et al., *Partisan Realignment. Voters, Parties and Government in American History*, London 1980. Als einführender Überblick siehe S. Flanagan, R. Dalton, «Parties under Stress. Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies», in: *Western European Politics*, 7 (1984), ss. 7; die fortlaufende Diskussion findet sich in der britischen Zeitschrift *Electoral Studies. An International Journal*, ed. by B. Särilvik and D. Butler, London 1981 ff.

Soweit für die Schweiz aussagekräftige *empirische Belege* zur Verfügung stehen,<sup>13</sup> muss davon ausgegangen werden,

1. dass heute *nicht mehr von stabilen Parteibindungen* gesprochen werden kann,
2. dass hierzulande *Erosionserscheinungen offensichtlich überwiegen* und
3. dass, ein *Präferenzwechsel innerhalb einer Generation durchaus möglich* ist (vgl. Tab. 4).

So nimmt die Häufigkeit von Parteisymphathien in den achtziger Jahren augenfällig ab; dabei hat sich der Prozess seit den letzten Nationalratswahlen beschleunigt bzw. verallgemeinert. Zu Beginn des Jahrzehnts bekannte sich noch knapp die Hälfte der Wahlberechtigten zu einer Partei. Im Wahljahr 1983 waren es noch rund 44 Prozent, während der aktuelle Wert knapp unter einem Drittel liegt! Von der Distanzierungsbewegung werden jedoch nicht alle Parteien gleich stark betroffen. Insgesamt trifft sie auf die etablierten *Parteien mit Exekutivverantwortung* zu. Dabei kennen die SPS und die CVP schon längere Zeit Erosionserscheinungen; bei der SVP und vor allem der FDP ist die Entwicklung neueren Datums; praktisch fällt hier der gesamte Rückgang der Parteisymphathisanten in die laufende Legislaturperiode.<sup>14</sup>

Die *Nicht-Regierungsparteien* insgesamt kennen die beschriebenen Erosionserscheinungen weniger. Zwar gelang es ihnen nicht, die gesamte «dealignment»-Tendenz aufzufangen und die gelockerten Bindungen zu den Regierungsparteien umzupolen. Dennoch vermochten sie ihr Potential im Verlaufe der achtziger Jahre leicht zu steigern. Unter den neuerdings 10,6 Prozent Befragten mit einer gefestigten Bindung an eine kleine Partei hat zudem eine Umschichtung zu den Grünen stattgefunden (3,0 % der Wahlberechtigten; LdU: 2,0 %; POCH/PdA 1,6 %; EVP 1,3 %; NA/Vigil. 0,9 %).

Die grosse Zahl durchgeführter Interviews erlaubt es erstmals, auch Untergruppen mit genügender Zuverlässigkeit zu untersuchen. Bei den *Frauen* verstärken sich die hier geschilderten Entwicklungen noch: Einmal ist der Anteil weiblicher Wahlberechtigter ohne Sympathien zu einer Partei grösser; zudem trifft dies gänzlich die Regierungsparteien. Sodann findet sich bei den Grünen

13 Vgl. P. Gilg, C. Longchamp, *Direktdemokratische Einrichtungen*, UNIVOX-Jahresbericht 1986, GfS und FSP, Zürich 1986, sowie *Berner Zeitung*, 25. 10. 1986, *Tages-Anzeiger*, 28. 10. 1986 sowie *L'Hebdo*, 8, 19. 2. 1987. Eine identische Interview-Vorgabe wird seit 1977 auch in den VOX-Analysen verwendet. Die Trends werden, wenn auch auf einem leicht verschobenen Niveau, bestätigt; Befragungen unmittelbar im Anschluss an eine politische Kampagne führen dazu, dass sich die Sympathiewerte vorübergehend leicht nach oben verschieben.

14 Parallel dazu verläuft die Entwicklung beim Regierungsvertrauen: Seit 1981 nimmt der Anteil generell Vertrauender zugunsten einer mittleren, mehr indifferenten Position ab. Die Messwerte für Vertrauende lauten: 1977: 59 % (N = 2057); 1978: 56 % (2809); 1979: 58 % (1662); 1980: 57 % (1498); 1981: 51 % (2102); 1982: 44 % (1405); 1983: 45 % (705); 1984: 43 % (2804); 1985: 44 % (2680); vgl. *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. 3. 1986*, VOX-Nr. 29, GfS und FSP, Zürich 1986.

Tabelle 4: Die Entwicklung der Parteibindungen unter den Wahlberechtigten 1980-1986

Partei/Parteigruppen	Parteigebundene										... unter ausgewählten Merkmalsgruppen (1986)					
	... unter den Wahlberechtigten										Männer	Frauen	20-39j.	40-64j.	65-84j.	
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986									
FDP	13 %	14 %	13 %	14 %	13 %	12 %	9,9 %	11,5 %	8,3 %	6,3 %	12,0 %	13,5 %				
SVP	6 %	7 %	7 %	6 %	6 %	6 %	4,6 %	5,5 %	3,6 %	4,1 %	4,8 %	4,2 %				
CVP	12 %	11 %	10 %	10 %	11 %	10 %	8,3 %	9,0 %	7,7 %	5,7 %	9,7 %	11,8 %				
SPS	17 %	17 %	14 %	14 %	14 %	11 %	8,9 %	9,8 %	8,0 %	8,0 %	10,0 %	11,9 %				
Regierungsparteien total	48 %	49 %	44 %	44 %	44 %	39 %	31,7 %	35,8 %	27,6 %	23,9 %	36,5 %	41,4 %				
Übrige Parteien total	9 %	8 %	8 %	9 %	11 %	11 %	10,6 %	10,3 %	10,8 %	13,0 %	8,4 %	7,1 %				
Parteigebundene total	57 %	57 %	52 %	53 %	55 %	50 %	42,3 %	46,1 %	38,4 %	36,9 %	44,9 %	48,5 %				
Parteiungebundene total	43 %	43 %	48 %	47 %	45 %	50 %	57,7 %	53,9 %	61,6 %	63,1 %	55,1 %	51,5 %				
Zahl der Interviews	2051	2061	2092	2084	1390	2085	4126	2036	2089	1705	1684	709				

Quelle: Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung, laufende Untersuchungen; ab 1986 UNIVOX-Untersuchungen (6 Wellen à rund 700 Interviews [Februar, März, Juni, August, September, November])

Darstellung: P. Gilg, C. Longchamp, *Direktdemokratische Einrichtungen*. UNIVOX-Jahresbericht 1987, GfS und FSP, Zürich 1987

ein noch höherer Wert; als einzige Gruppierung kann diese übrigens auf einen Frauenüberhang in der Anhängerschaft verweisen. Mittlerweile gilt für alle Regierungsparteien mehr oder weniger deutlich, dass sie Sympathiedefizite in den jüngeren *Generationen* aufweisen. Dabei scheint der Bruch zwischen der Nachkriegsgeneration und den übrigen Altersgruppen massgeblich zu sein. Ganz umgekehrte Strukturen finden sich besonders bei den Grünen (7 von 10 Anhänger sind unter 40 Jahren) und in schwächerer Form bei der POCH.

Das *Fazit* der sozialwissenschaftlichen Analyse ist doppelter Art:

1. Wenn die neue Instabilität Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens ist, dann lässt sich dies einmal mit den Reorientierungen in den Parteibindungen insbesondere bei *ökologisch ausgerichteten Parteien* begründen. Diese nehmen den aktuellen Stil- und Wertwandel in der Politik am deutlichsten auf und können schon vier Jahre nach ihrem ersten Auftreten auf einen beträchtlichen Konzentrationsprozess bei den politischen Kräften ausserhalb der Regierungsverantwortung hinweisen. Ob es ihnen gelingt, die aufgenommene Hoffnung in praktische Politik umzusetzen, wird einerseits von der Entwicklung der Bewegung zur Partei, andererseits von der Organisierung grüner Interessen im Parlament abhängen. Dass sich im Aufstieg der Grünen mehr als nur eine vorübergehende Wellenbewegung abzeichnet, liesse sich aus der Tatsache ableiten, dass es den ökologischen Gruppierungen relativ rasch gelungen ist, eine gefühlsmässig integrierte Anhängerschaft an sich zu binden. Diesbezüglich unterscheiden sich die schweizerischen Grünen deutlich von den xenophobischen Parteien am äussersten Ende des politischen Spektrums.<sup>15</sup>
2. Wichtiger noch als diese Umlagerungen sind jedoch die insgesamt gelockerten Parteibindungen. Dies braucht im übrigen nicht zwingend zu politischer Inaktivität zu führen. Vielmehr kann gelten, dass nebst Sympathisanten neuer Parteien die *Parteifreien* von Bedeutung geworden sind und eine besondere Quelle der Instabilität darstellen. Mit ihnen nimmt das Gewicht kurzfristiger Entscheidungen gegenüber den längerfristigen Bestimmungsgründen einer Wahl zu. Wie weit sie dennoch oder gerade deshalb ein Potential für die Ansprache neuer Wähler für die verschiedenen Parteien sind, ist Gegenstand des vierten Teils dieses Artikels.<sup>16</sup>

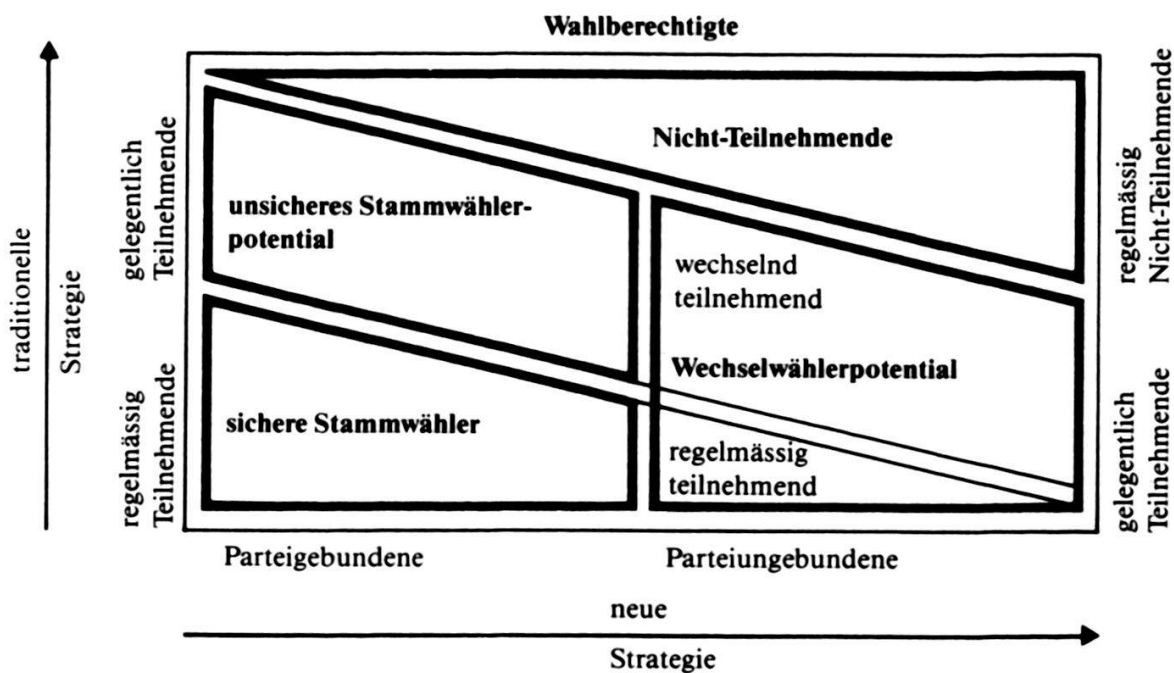
15 Vgl. auch W. P. Bürklin, *Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem*, Diss., Opladen 1984. Für den Zusammenhang mit dem Wertwandel siehe J. Raschke, «Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 36 (1980), ss. 23.

16 Die Ausgestaltung meiner Ideen haben die Arbeiten aus Österreich, wo die Parteien eine noch ganz andere Rolle spielen, sich aber mit ähnlichen Problemen konfrontiert sehen, massgeblich beeinflusst; vgl. vor allem T. Kofler, *Parteiengesellschaft im Umbruch. Partizipationsprobleme von Grossparteien*, Diss., Innsbruck/Wien 1985; sowie C. Haerpfer, «Wahlgeschichte als Indikator politischer Modernisierung. Ein wahlsoziologischer Essay», in: *Journal für Sozialforschung*, 27 (1987), Heft 1 (Schwerpunkt: Wahlforschung).

#### 4. Auswirkungen der Instabilität auf kommende Wahlgänge

Dem theoretischen Teil kam unter anderem die Aufgabe zu, die Ansätze zur Erklärung der festgestellten Veränderungen im heutigen Wahlverhalten aufzuzeigen. Diese wiederum werden mit der Absicht entwickelt, *zukünftige Entwicklungen* vorherzusehen. Wenn dies in Richtung Prognose läuft, sollte dies nicht mit einer üblichen Wortbedeutung verwechselt werden. Ziel der kommenden Ausführungen ist es gerade nicht, eine Vorhersage von Stärken bei kommenden Wahlgängen zu machen, sondern ausgehend vom Hauptgedanken der neuen Instabilität aufzuzeigen, in welche Richtung die festgestellten Veränderungspotentiale wirken können.

Wenn der Anteil parteimässig fluktuierender grösser wird, dann muss die in der Schweiz bedeutsame *traditionelle Funktion von Wahlkämpfen*, die Mobilisierung der Stammwählerschaft, zunehmend durch eine *neue Funktion*, die vorübergehende Ansprache von Parteifreien mit andern Mitteln, erweitert werden (vgl. *Figur 1*). Beide möglichen Strategien versprechen, über das Potential der sicheren Stammwähler hinaus, in unsichere, für den Wahlerfolg jedoch massgebliche Segmente vorzustossen.<sup>17</sup>



Figur 1: Schematische Darstellung der Wahlberechtigten gemäss ihrem (potentiellen) Wahlverhalten

17 Vgl. etwa W. Wolf, *Wahlkampf und Demokratie*, Köln 1984; sowie P. Radunski, *Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation*, München 1980, sowie E. Wangen, *Politmarketing*, Opladen 1983. Entsprechende Darstellungen aus der Sicht schweizerischer Wahlkampfstrategen fehlen vollständig.



#### 4.1 Die Mobilisierung von Parteigebundenen als traditionelle Wahlkampfaufgabe

Gerade in Zeiten mit abnehmenden Parteibindungen kommt der *Mobilisierung der eigenen Sympathisanten* eine besondere Bedeutung zu. Dabei muss, wie die Überlegungen in Teil 2 gezeigt haben, die statischen Vorstellungen, Anhänger bestünden aus treuen Urnengängern und konstant Abwesenden, als überholt abgelehnt werden. Auf der individuellen Ebene muss auch innerhalb der Anhängerschaften grosser Parteien von drei Verhaltenstypen ausgegangen werden. So sind bei den Regierungsparteien gegenwärtig nur 4 von 10 bereit, sich auf jeden Fall an eidgenössischen Urnengängen zu beteiligen (vgl. *Tab. 5*). Nebst der relativ kleinen Gruppe, die stets fernbleibt, existieren die sehr zahlreichen *gelegentlich Teilnehmenden*. Schätzungen, die seit den letzten Nationalratswahlen durchgeführt werden, bestätigen ihre Bedeutung: Je nach Thema schwankte die Beteiligung von Sympathisanten einer Bundesratspartei über einer fixen Basis um rund 25 Prozent. Hierin liegt denn auch eine wesentliche Unbekannte der Schlagkraft einer Partei.

Als *Ursache* können vorläufig die generelle Politisierung während der Kampagne bzw. die Verteidigung gruppenspezifischer Interessen gelten. Mit andern Worten heisst dies, dass die subjektive Betroffenheit und die wahrgenommenen Entscheidungsschwierigkeiten das Teilnahmeverhalten beeinflussen. Nimmt jene zu, steigt die Bereitschaft zum Urnengang; sie bleibt jedoch ambivalent, wenn die Meinungsbildung nicht widerspruchsfrei gelingt.<sup>18</sup>

Wenn sich auch solche Folgerungen aus der Abstimmungsforschung nicht direkt auf *Wahlen* übertragen lassen, so erlauben sie doch eine Reihe von Forschungshypothesen:

1. Ein *homogener Meinungsdruck* spielt nicht nur beim Parteientscheid eine Rolle; er ist auch für den vor-, neben oder nachgelagerten Teilnahmeentscheid massgeblich. Je einheitlicher die Wahrnehmung einer Partei als Ganzes, ihrer Positionen in aktuellen Streitfragen und das Image wichtiger Repräsentanten sind, desto widerspruchsfreier gelingt die Entscheidungsfindung der Parteigebundenen. Insbesondere bei den labilen Stammwählern kann dies mobilisierend wirken.
2. An sich könnte man annehmen, dass die 1983 festgestellte *Ausschöpfung* des Sympathiepotentials der *Regierungsparteien* mit rund zwei Dritteln nicht sonderlich hoch ist und hier noch erhebliche Reserven liegen. Der Vergleich mit den nachfolgenden Sachabstimmungen mit teilweise «hoher» Mobilisierung macht jedoch deutlich, dass hier (für schweizerische Umstände) eine obere Grenze erreicht scheint. In den eidgenössischen Urnengängen von 1984 bis 1986 wurden die Mobilisierungswerte bei den Nationalratswahlen kaum je übertroffen.

18 Vgl. Gruner/Hertig, *op. cit.*, ss. 139, sowie *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 10. 3. 1985*, VOX-Nr. 25, GfS und FSP, Zürich 1985 und *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. 3. 1986*, VOX-Nr. 29, GfS und FSP, Zürich 1986.

Tabelle 5: Schätzwerte für die Anteile regelmässig Teilnehmender und die Mobilisierung gelegentlicher Urnengänger während der laufenden Legislaturperiode

Parteibindung	Schätz- wert RUG (1984)	zusätzliche von GUG 1983 NRW	1984 26. 2.	20. 5.	23. 9.	2. 12.	Schätz- wert RUG (1985)	1985 10. 3.	9. 6.	22. 9.	1. 12.	Schätz- wert RUG (1986)	zusätzliche von GUG 1986 16. 3.	22. 9.
FDP-Bindung	42 %	+ 24 %	+ 19 %	+ 19 %	+ 11 %	+ 9 %	40 %	+ 5 %	+ 0 %	+ 6 %	+ 3 %	37 %	+ 17 %	+ 8 %
SVP-Bindung	37 %	+ 25 %	+ 26 %	+ 12 %	+ 4 %	+ 14 %	37 %	+ 0 %	+ 0 %	+ 17 %	+ 4 %	39 %	+ 13 %	+ 13 %
CVP-Bindung	42 %	+ 28 %	+ 20 %	+ 17 %	+ 12 %	+ 6 %	43 %	+ 5 %	+ 7 %	+ 16 %	+ 5 %	42 %	+ 16 %	+ 4 %
SPS-Bindung	37 %	+ 27 %	+ 17 %	+ 10 %	+ 9 %	+ 9 %	35 %	+ 2 %	+ 11 %	+ 12 %	+ 7 %	37 %	+ 21 %	+ 18 %
Keine Bindung	22 %	+ 6 %	+ 23 %	+ 11 %	+ 9 %	+ 3 %	24 %	+ 2 %	+ 2 %	+ 7 %	+ 10 %	23 %	+ 25 %	+ 0 %
Stimm- und Wahl- berechtigte total	31 %	+ 18 %	+ 22 %	+ 11 %	+ 11 %	+ 7 %	31 %	+ 3 %	+ 4 %	+ 10 %	+ 7 %	30 %	+ 21 %	+ 5 %

**Lesebeispiel:**

Der Schätzwert für regelmässig Teilnehmende (1984) bei der FDP beträgt 42 % (1. Spalte). Bei den Nationalratswahlen wurde eine Teilnahme von rund 66 % festgemacht; demnach beteiligten sich 24 % Sympathisanten, die zu den gelegentlichen Urnengängern zu zählen sind.

**Quelle:**

VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge, Zürich 1984 ff.; Nachanalyse durch das Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern

**Legende:**

RUG = Regelmässig Teilnehmende

GUG = Gelegentlich Teilnehmende

3. Die Mobilisierungsstrategie ist für die Regierungsparteien ein Vorgehen, um die gegenwärtige Stagnation oder Schwäche in Grenzen zu halten. Die *kleinen Parteien* dagegen können sich, da ihre Anhängerschaft eine noch tiefere Teilnahmedisziplin kennt, schnell auch Erfolge versprechen. Wichtig ist schliesslich auch hier, wie sich die *Parteiungebundenen* verhalten: 1983 noch war ihre Teilnahme tief; ändert sich ihre Einstellung Wahlen gegenüber und gleicht sie sich dem Verhalten bei ausgewählten Sachabstimmungen an, liegt bei dieser gewichtiger gewordenen Gruppe ein beträchtliches Veränderungspotential verborgen. Würden alle Parteiungebundenen gleich wählen, könnte durchaus eine Partei in der Grösse einer der drei führenden Bundesratsparteien entstehen.

#### 4.2 Die Ansprache von Parteiungebundenen als neue Wahlkampfaufgabe

Dass mit der *Ansprache von Parteifreien* Lücken in der mobilisierten Stammwählerschaft ausgeglichen werden können, zeigte schon die Nachanalyse der Nationalratswahlen 1983 (vgl. *Tab. 6*). Allerdings waren die Anteile sehr ungleich verteilt. Insgesamt holten mit dieser Strategie die Nicht-Regierungsparteien gegenüber den vier Bundesratsparteien auf. Bei der NA etwa, die allerdings nur wenige, gefühlsmässig eingebundene Anhänger hat, zählten gar 2 von 3 Wählern zu den Parteiungebundenen. Bei den Grünen, dem Landesring der Unabhängigen und der EVP wurden Werte erreicht, die sich in einem Mittelfeld bewegen: 3 bis 4 von 10 Stimmen schöpften diese Parteien aus

Tabelle 6: Die Verteilung von Parteigeundenen und Parteifreien innerhalb der Wählerschaften bei den Nationalratswahlen 1983

Grad der Parteibindung  in %	Total  (N = Urnen- gänger)	Parteipräferenz									
		CVP	FDP	SPS	SVP	(LPS) <sup>1</sup>	(LDU/ EVP)	(POCH/ PDA)	(GPS/ GRAS)	(NA/ Rep./ Vigil.)	Keine
N = Parteiwähler											
Sympathien zur gewählten Partei	66	82	77	76	69	82	62	59	48	37	-
diffuse Parteisym- pathien <sup>2</sup>	5	4	2	6	7	3	7	17	8	0	9
keine Partei- sympathien	29	14	21	18	24	15	31	24	44	63	91

#### Bemerkungen:

- 1 Angaben zu Parteien, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten keine weiteren Schlüsse zulässt.
- 2 Unter den diffusen Parteisymphathien rangieren jene Befragten, die sich einer andern Partei als der gewählten nahestehend fühlen.

Quelle: VOX-Analyse der Nationalratswahlen 1983, GfS und FSP, Zürich 1984

dem neuen Reservoir. Bei den Regierungsparteien waren die Vergleichszahlen durchaus tiefer. Bei der CVP konnte bloss ein Wert von 14 Prozent nachgewiesen werden.

Aus der Sicht der individuellen Wählerstabilität mögen tiefe Anteile Parteiungebundener wünschenswert erscheinen; dies mag vor allem dann gelten, wenn eine Partei konstant bleibt oder hinzu gewinnt. Weisen Parteien dagegen eine rückläufige Mobilisierungskraft aus, muss von einem eindeutigen Defizit bei der Ansprache eines neuen Wählersegmentes ausgegangen werden. Verspricht die Mobilisierung zusätzlicher Urnengänger aus dem Lager der labilen Stammwähler die relative Schwäche der Regierungsparteien im Rahmen zu halten, so ist über die Motivierung der ungebundenen Wahlberechtigten eine Steigerung denkbar. Die Aufgabe, die sich hier stellt, ist allerdings nicht einfach zu lösen: Um die labile Stammwählerschaft zu mobilisieren, wird nicht selten an das «Wir-Gefühl» appelliert. Der angestrebte Zusammenschluss der Anhängerschaft kann jedoch bei den Parteiungebundenen irritierend wirken. *Sie entscheiden sich vielmehr von der Sache her; sie vergleichen die Stile und das Profil der Personen.* Ideologien oder allgemeine Parteiprofile spielen hier nur eine untergeordnete Rolle. Dabei ist zu beachten, dass jeweils nicht die effektiven Sachverhalte massgeblich sein müssen; in die Wahlentscheidung der Parteiungebundenen gehen vielmehr die Vorstellungen über die Haltungen der Parteien und Kandidaten ein.<sup>19</sup>

Die *thematische Identifikation* ist in der Schweiz am besten erforscht (vgl. Tab. 7). Neuere Image-Studien zum zugeschriebenen Sachverstand im Vergleich der Parteien belegen, dass die Bundesratsparteien in den klassischen Politikbereichen wie der wirtschaftlichen Entwicklung, der Sozialpolitik und der Handhabung des öffentlichen Haushaltes durchaus gute Noten erhalten. Dabei wird bei unterschiedlichen Anteilen die Sozialpolitik von der SPS beherrscht, während in Wirtschaftsfragen die FDP die Themenführerschaft zugeschrieben erhält. Der CVP fällt die Rolle des idealen Kombiniervers zu, während das thematische Profil der SVP in den untersuchten Sachbereichen am wenigsten Konturen aufweist. Vor allem in ökologischen Fragen ist dagegen die vermutete Kompetenz der Regierungsparteien insgesamt gering. Der Vergleich mit den Grünen fällt hier eindeutig und – nimmt man den leichten Trend von 1986 bis 1987 hinzu – zunehmend negativ aus.<sup>20</sup>

Im Hinblick auf Wahlen sind solche Voraussetzungen für das Verhalten der Parteiungebundenen zu berücksichtigen. Dass themenbezogene Images gewissen Entwicklungen unterworfen und alles andere als stabil sind, ist bekannt.

19 Vgl. H. Wettstein, *Der Einfluss politischer Images auf das Wahlverhalten*. Ein theoretischer und empirischer Beitrag zur Parteiimageforschung, Diss., St. Gallen/Bern 1980.

20 Vgl. Gilg/Longchamp, *op. cit.*, S. 9, sowie P. Gilg, C. Longchamp, *Direktdemokratische Einrichtungen*, UNIVOX-Jahresbericht 1987, GfS und FSP, Zürich 1987. Für vergleichbare Studien aus früheren Jahren (1977–1979/1984) siehe H. P. Fagagnini, *Die schweizerischen Parteien im Blickfeld des Bürgers*, Bern 1980, und ders., «Die Parteien im Blickfeld des Bürgers», in: *Neue Zürcher Zeitung*, 18. 6. 1985.

Tabelle 7: Zugeschriebene Kompetenz von Parteien und Parteigruppen nach ausgewählten Politikbereichen 1986 und 1987

Politikbereich	Merkmalsgruppe	Partei mit Themenführerschaft <sup>1</sup>		Regierungsparteien total		Übrige Parteien total	
		1986 <sup>2</sup>	1987 <sup>2</sup>	1986	1987	1986	1987
Wirtschaftspolitik	Wahlberechtigte	FDP 27 %	FDP 23 %	53 %	46 %	8 %	4 %
	Regelmässig Teilnehmende	FDP 36 %	FDP 31 %	64 %	51 %	12 %	6 %
Sozialpolitik	Wahlberechtigte	SPS 31 %	SPS 37 %	52 %	46 %	12 %	6 %
	Regelmässig Teilnehmende	SPS 37 %	SPS 32 %	63 %	52 %	14 %	3 %
Finanzpolitik	Wahlberechtigte	FDP 23 %	SPS 16 %	46 %	40 %	12 %	4 %
	Regelmässig Teilnehmende	FDP 30 %	SPS 22 %	57 %	47 %	13 %	4 %
Energiepolitik	Wahlberechtigte	-	FDP 13 %	-	34 %	-	10 %
	Regelmässig Teilnehmende	-	FDP 21 %	-	40 %	-	6 %
Verkehrspolitik	Wahlberechtigte	FDP 14 %	FDP 9 %	38 %	33 %	16 %	8 %
	Regelmässig Teilnehmende	FDP 18 %	FDP 11 %	48 %	36 %	28 %	9 %
Medienpolitik	Wahlberechtigte	-	CVP 9 %	-	31 %	-	4 %
	Regelmässig Teilnehmende	-	FDP 11 %	-	35 %	-	4 %
Flüchtlingspolitik	Wahlberechtigte	FDP 16 %	SPS 11 %	31 %	32 %	28 %	13 %
	Regelmässig Teilnehmende	FDP 20 %	FDP 14 %	37 %	35 %	32 %	14 %
Umweltpolitik	Wahlberechtigte	GPS 27 %	GPS 33 %	24 %	14 %	42 %	40 %
	Regelmässig Teilnehmende	GPS 23 %	GPS 33 %	36 %	19 %	43 %	43 %

**Bemerkungen:**

- Die Frage war so gestellt, dass nur eine Partei – eben jene mit der vermuteten Themenführerschaft – genannt werden konnte. Insofern sagen die Prozentwerte nicht über die effektiv zugeschriebene Partei Kompetenz einer Partei, sondern nur der Parteien im Vergleich aus. Die Parteinamen wurden vorgelegt.
  - Die Befragungen wurden jeweils im Februar bei einer repräsentativen Auswahl von 692 (1986) bzw. 689 (1987) von Stimm- und Wahlberechtigten in der deutschen und französischen Schweiz durchgeführt.
- Quelle: P. Gilg, C. Longchamp, *Direktdemokratische Einrichtungen*. UNIVOX-Jahresbericht 1987, GfS und FSP, Zürich 1987.

Umstritten ist jedoch, wie weit sie sich kurzfristig verändern lassen.<sup>21</sup> Falsch wäre es schliesslich angesichts der hohen Priorität, welche gerade die Umweltfrage in den Forderungen der Wahlberechtigten einnimmt, defensiv zu handeln und Defizit-Themen zu meiden oder von der Traktandenliste der öffentlichen Auseinandersetzung zu streichen.

Die Antwort auf die Frage, ob die ausgewiesenen Images zutreffend sind oder nicht, hängt auch vom Vergleichsmassstab ab: Im Hinblick auf die realen oder in Aussicht genommenen Konzepte in der Umweltpolitik stimmen die effektive und zugeschriebene Leistung der Regierungsparteien im Vergleich mit den ökologischen Gruppierungen nicht überein. Im Hinblick aber auf den Zustand der Umwelt und der durch mehrere Katastrophen innert kürzester Zeit spürbar gewordenen Risikosituation wird man folgern müssen, dass die gegenwärtigen Hoffnungen auf eine Wende sich gänzlich von den verantwortlichen Politikern und Parteien auf die Grünen verlegt haben.

## 5. Schluss

Zur Kennzeichnung des heutigen Wahlgeschehens wurde die «neue Instabilität» in das Instrumentarium der wissenschaftlichen Wahlanalyse eingeführt. Damit sollte die einseitige Ausrichtung der Erforschung nationaler Wahlen, die sich stark am Kriterium der Stabilität orientiert, korrigiert werden.

Das bisherige Ausmass der Veränderungen in der Parteienlandschaft musste gerade im historischen Vergleich relativiert werden. Doch zeigen die Nationalratswahlen 1983 ebenso wie die nachfolgenden kantonalen Wahlgänge, dass entsprechende Veränderungen im Gange sind.

Es war nicht Absicht dieser Arbeit, zu prognostizieren, in welchem Ausmasse die neue Instabilität bei den kommenden Wahlen sichtbar werden wird. Grundgedanke des Konzepts ist es gerade, dass Wahlvorhersagen zunehmend schwieriger werden. Dagegen lassen sich die Faktoren, welche die Instabilität verursachen, genauer benennen: Vordergründig spielen der Parteientscheid, das heisst die konstante oder wechselnde Stimmabgabe, und der Teilnahmeentscheid die entscheidende Rolle. Beides ist seit dem spät eingeführten Frauenstimm- und Wahlrecht einer zusätzlichen Dynamik unterworfen. Hintergründiger lässt sich die aktuelle Instabilität jedoch nur durch die relativ rasche Abnahme vor gefühlsmässigen Bindungen insbesondere an Regierungsparteien verstehen. Die aufgezeigten Erosionserscheinungen haben es einmal

21 In der schweizerischen Literatur zu Wahlen fällt eine vornehm zurückhaltende, verneinende Antwort auf; vgl. vor allem Wettstein, *op. cit.*; U. Schmid, *Wahlkampffinanzierung in den USA und in der Schweiz*, Diss., Zürich 1985, sowie M. Steinmann et al., *Agenda-Setting durch Presse, Radio und Fernsehen*. Eine Untersuchung am Beispiel der Nationalratswahlen 1983, SRG-Forschungsdienst, Bern 1986. Allerdings fehlen eigentliche Input/Output-Analysen, welche die Wirkungen von Wahlkämpfen auf die Meinungsbildung abschätzen liessen, weitgehend.

ermöglicht, dass bereits Reorientierungen bei neuen, ökologischen Parteien möglich geworden sind. Sodann ist aber das Gewicht der parteipolitisch ungebunden Wählenden rasch angestiegen.

Den Parteien stellt sich in kommenden Wahlgängen neben der traditionellen Wahlkampfaufgabe, Sympathisanten zum Urnengang zu motivieren, die neue Herausforderung, die Parteifreien wenigstens vorübergehend durch neue Stile, profilierte Kandidaturen oder glaubwürdig vertretene Sachfragen für sich zu gewinnen. Je nachdem wie dies den verschiedenen Parteien gelingt, werden sich die 1983 festgestellten Tendenzen verstärken oder ausgleichen. Veränderungspotentiale sind in mehrfacher Hinsicht angelegt; je nach der kurzfristigen Aktualität können sich ihre Auswirkungen neutralisieren oder potenzieren.